
FDP Maintal

BÜRGER WOLLEN INFORMIERT WERDEN

23.08.2015

DEUTLICHE FORDERUNGEN AN BÜRGERMEISTERKANDIDAT KLAUS GERHARD

„Die Bürger wollen informiert werden!“ fasst der FDP-Bürgermeisterkandidat Klaus Gerhard die am meisten geäußerte Forderung der Bürger, die ihm auf seinen Rundgängen durch die Maintaler Ortsteile entgegengebracht wird. Ob Sportanlage, Straßenbaumaßnahmen, Situation in den Kitas, immer wieder beschwerten sich die Bürger darüber, dass sie vom Magistrat keine frühzeitigen Informationen erhalten sondern wenn überhaupt aus der Zeitung Neuigkeiten erfahren. „Hier wird deutlich, dass der Magistrat und die Verwaltung wesentlich bürgernäher werden müssen.“ zieht Klaus Gerhard seine Schlussfolgerung, dass auf dem Feld der Kommunikation bisher spürbare Defizite bestehen.

Zu Klaus Gerhards Anliegen als Bürgermeister gehört es ohnehin, den Bürgerdialog zu intensivieren. So will er regelmäßig Sprechstunden abhalten und vor Ort Präsenz zeigen. „Präsenz ist aber keine alleinige Sache des Bürgermeisters.“ macht der Freidemokrat deutlich, dass er anstrebt, diese offene Kommunikation in der städtischen Verwaltung noch weiter auszudehnen. So möchte er erreichen, dass bei Bau- und Entwicklungsmaßnahmen, aber auch bei Veränderungen im Bereich der Kitas die betroffenen Bürger frühzeitig informiert werden. „Es hätte oft ein simples Schreiben und eine informelle Zusammenkunft vor Ort genügt um Anlieger in anstehende Veränderungen einzubeziehen“, geht es Klaus Gerhard darum, dass Bürger die Informationen nicht erst erfahren, wenn alles bereits beschlossene Sache ist.

Wie Klaus Gerhard feststellt, geht es den Bürgern meist gar nicht darum, gegen eine Maßnahme zu sein. „Oft ist ja auch Dankbarkeit vorhanden, wenn beispielsweise eine

Straße saniert wird.“ spiegelt der Bürgermeisterkandidat seine Erfahrungen aus den Gesprächen wieder und führt weiter aus: „Ich sage auch deutlich, dass bestimmte Maßnahmen nicht zu ändern sind, dann gilt es aber erst recht, früh über die Hintergründe und Vorhaben zu informieren und den Sorgen der Betroffenen zu begegnen.“ Diese klare Positionsbestimmung zwischen Information und Umsetzung von Maßnahmen werde von den Bürgern jedenfalls honoriert.